



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

113 (8.3.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-202383](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-202383)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die kleine Seite 10 Pf. — zum. 15 Pf. —
Stellenangebote u. Son.-Anz. 20 Pf. —, Restante 15 Pf. —
Annahmestelle: Mittagblatt vorm. 7 Uhr, Abendbl. nachm.
7 Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen u. Ausgaben
u. keine Verantwortl. über. Höhere Gewalt, Druck, Betriebs-
störungen ufm. Verantwortl. zu sein. Erfassungsbüro f. unges.
oder beschaltete Ausgaben oder für verspätete Annahme
von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr

Depotpreise: In Mannheim und Umgebung monatlich
in 1000 Exemplaren 200 Pf. —, durch die Post bezogen
in 1000 Exemplaren 250 Pf. —, Postzeitung Nummer 17540
Eins. Anzeiger Nummer 2917 Ludwigshafen am
Rhein, Anzeiger Nummer 2. 6. 2. Geschäfts-Redaktions-
Konten 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adressen:
General-Anzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich 365 Mal.

Verlag: Der Sport vom Sonntag. — Aus der Welt der Technik. — Gesetz und Recht. — Mannheimer Frauen-Zeitung. — Mannheimer Musik-Zeitung. — Bildung und Unterhaltung.

Die Leistungen Deutschlands bis 1922.

Paris, 7. März. Die Reparationskommission ver-
öffentlicht ein amtliches Communiqué, durch das sie
bis 31. Dezember 1921 von Deutschland erfolgten Leistun-
gen bewertet. Die Liste lautet wie folgt:

1. Zahlung in Gold und ausländischen Devisen: a) direkt von Deutschland bis 31. Dezember 1921 geleistete Zahlungen 1 041 419 000 Goldmark; b) Einnahmen aus anderen Quellen, die für Rechnung Deutschlands erfolgten, 1. Zahlung Dänemarks für die Abtretung eines Teiles Schleswig-Holsteins 65 Millionen Goldmark; 2. Verkauf der zerstörten Kriegsmaterialien 40 980 000 Goldmark; 3. Verschiedenes eingeführtes deutsches Waren in England (Recovery act) 24 135 000 Goldmark, insgesamt 1 184 171 000 Goldmark.
2. Sachleistungen (Schätzungswerte): a) An die alliierten u. assoziierten Mächte 2 760 250 000 Goldmark; b) Entlastung an die Territorien der Vereinigten Staaten ufm. 30 092 000 Goldmark, insgesamt 2 779 342 000 Goldmark. Unter 1. und 2. sind also insgesamt eingegangen 3 963 514 000 Goldmark.
3. An abgetretenen Gebieten und übernommenen Staatsvermögen Schätzungswerte nach den gegenwärtigen Schätzungen unter Ausschluß der schleswig-holsteinischen Güter, die unter 1. b) bereits verrechnet sind, 2 504 342 000 Goldmark, insgesamt 6 477 856 000 Goldmark.

In dieser Aufstellung sind nicht enthalten die von Deutschland restituierten Gegenden, für die es keinen Anspruch auf Entschädigung hat, ferner die von Deutschland direkt an die alliierten Mächte geleisteten Zahlungen in Papiermark, Land für die verschiedenen Kommissionen gezahlten Beträge, ferner die verschiedenen Kommissionen gezahlten Beträge, die ihm nach dem Wortlaut des Friedensvertrages zur Last kommen. Der Gesamtbetrag in Höhe von 6 1/2 Milliarden Goldmark kann für folgende Posten Verwendung finden: 1. Beseitigung von Kohlenlieferungen auf Grund des 2. Befehlens von Spa in Höhe von 300 Millionen Goldmark; 2. Befehlens von Spa bis 1. Mai 1921, soweit sie durch die Zahlungen in Papiermark und die oben erwähnten Leistungen nicht gedeckt sind; 3. Reparationen.

Das offizielle Communiqué bemerkt ferner, daß die vorläufige Abschätzung der Zahlungen und Leistungen bis 31. Dezember 1921 die seinerzeit eingetragene Ziffer von etwa 7 1/2 Milliarden ergab, die obenstehende Abschätzung für das Jahr 1921 demnach um ungefähr 1 Milliarde übertrifft. Dieser Widerspruch erklärt sich dadurch, daß die vorläufige Abschätzung bis in der anderen Abschätzung nicht enthalten waren: Zahlungen, direkte Leistungen mit Lebensmitteln und anderen durch Zahlung in Papiermark, Warenlieferungen und Dienstleistungen, schließlich die Kosten Deutschlands der verschiedenen Kommissionen, die zu Lasten Deutschlands gehen. Folgende Posten, die in der vorläufigen Abschätzung der Leistungen bis 1. Mai nicht enthalten waren: Staatseigentum in abgetretenen Gebieten, soweit dessen Wert nicht durch Lieferungen in natura zwischen dem 1. Mai und 31. Dezember 1921 in Höhe von ungefähr 1 400 000 000 Goldmark.

Die Finanzministerkonferenz.

Berlin, 8. März. Aus Paris wird gemeldet: Der römische Botschafter des „Welt Parisien“ will erfahren haben, daß die Beschlüsse der Finanzministerkonferenz der alliierten Finanzminister über die Besetzung seiner Entschädigungssumme beanstanden. In dieser Beratung der Finanzminister, die heute beginnt, gibt er die Beschlüsse wieder, von französischer Seite liegt ein Antrag vor, alle Zahlungen Deutschlands für die Jahre 1921 und 22 in der letzten Zeit, schreibt der „Temps“, sei ein Einvernehmen darüber getroffen worden, daß von der ersten deutschen Goldmark 100 für die französischen Befehlenskosten und 90 für die belgische Priorität, ausgenommen die Summe von 20 Millionen Goldmark, die in Italien aufbewahrt werde und schließlich der Bergwerke wünscht Frankreich, daß man deren Wert als ein Kapital ansehe, das auf das Kreditkonto Deutschlands für 1921 anzurechnen sei. Wenn dies geschähe, würde Frankreich und für seine Auslagen mehr Schaden haben als England. Schließlich der Bestimmungen der Befehlenskosten wünscht Frankreich, daß die Befehlenskosten im Verhältnis der Zahl der ein- und ausgehenden Waren abgemessen werden. Von den unlangst in Frankreich nicht nur höhere Summen im Vor, weil es sich um einen Kredit von deutscher Seite verschaffen würde, der erst im Laufe der Jahre zurückgezahlt würde. In übrigen regt der „Temps“ die Ausgabe einer großen Anleihe internationaler Art sowie Schuldennachschuß unter den Alliierten an.

Die Konferenz von Genua.

Berlin, 8. März. (Von unserem Berliner Büro.) Der Pariser Abendblätter bestätigen, wie dem „B. Z.“ von Berlin am 10. April eröffnet werden soll. Die neuen Einladungen an die europäischen Staaten, Rußland und die Vereinigten Staaten von Amerika verhandelt werden. Die „Welt“ glaubt freilich, daß die Konferenz unmittelbar nach der ersten Sitzung bis zum Dienstag nach Ostern vertagt werden wird. Inzwischen schreibt der der englischen Regierung nahestehende Londoner Vertreter des „Giornale d'Italia“, Lloyd George sehe seinen ganzen Stolz daran, die Genua-Konferenz zu einem guten Ende zu führen. Dabei legt er lediglich auf vier Faktoren Gewicht: Großbritannien, Amerika, Deutschland und Rußland.

Die Orientkonferenz.

Berlin, 8. März. (Von unserem Berliner Büro.) Die Konferenz der drei Außenminister zur Erlebung der Orientfragen tritt, wie aus Paris gemeldet wird, am 22. März in Paris zusammen.

Sowjetrußland und Genua.

London, 7. März. Der Konstantinopeler Berichterstatter der „Times“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Sowjetregierung der Nationalversammlung in Ungarn mitgeteilt habe, sie habe beschlossen, an der Konferenz von Genua nicht teilzunehmen, wenn die türkischen Nationalisten nicht auch auf der Konferenz vertreten seien.

Die Entspannung der englischen Krise.

Balfour für die Koalitionsregierung.

London, 7. März. Balfour hat heute nachmittag in seiner mit größter Spannung erwarteten Rede im City Club nachdrücklich ohne Einschränkung für die Koalitionsregierung gesprochen. Er sagte, nach seiner Ansicht seien die Interessen des Landes am besten den Händen einer Regierung anvertraut, die von der großen nationalen Partei unterstützt werde, deren einem Flügel er angehört. Das Zweiparteiensystem sei für gutes Wetter geschaffen. Wenn sich die Parteien nicht vereinigt hätten, wäre der Krieg nie gewonnen worden. Die Fragen, die seit dem Kriege entstanden seien, könnten nicht sozagen nach Parteigrundsätzen entschieden werden. Die irische Frage sei hierfür ein schlagender Beweis. Es sei vollkommen klar, daß infolge aller augenblicklichen Umstände für absehbare Zeit das innige freundschaftliche Zusammenwirken fortgesetzt werden müsse, das bisher so gute Ergebnisse gezeitigt. Niemals sei dieses Zusammenwirken notwendiger gewesen als augenblicklich und dies sei der Grund, weshalb es sich noch inniger gestalten sollte. Lloyd George sei eine der größten Gestalten in der Weltgeschichte. Die Interessen des Landes würden nicht gefördert, wenn man Lloyd George schmähe. Es hieße, eine sehr ernste Verantwortung übernehmen, wenn man eine Regierung schwächen möchte, die jetzt vor dem Angesicht ganz Europas als die Vertreterin des festesten konservativen und sichersten Staates in der gesamten westlichen Zivilisation dasstehe. Balfour forderte am Schluß seiner Rede seine konservativen Freunde auf, der Koalitionsregierung, deren Lasten seiner Ansicht nach von keiner anderen Regierung mit größerem Erfolge getragen werden könnten, ihre volle Unterstützung zu leisten. Die Koalitionsregierung habe das Recht, volle und ganze Unterstützung zu fordern, ohne die Großbritannien in Europa nicht den Einfluß geltend machen könnte, den es allein besitze, und den es, wie er ehrlich glaube, für den Frieden der Menschheit anwende.

Deutsch-japanische Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 7. März. Die „B. Z.“ berichtet über die Verhandlungen der hier anwesenden japanischen Wirtschaftsführer mit Leitern der deutschen Schwerindustrie und der deutschen Bankwelt. Zu dem gestern abend veranstalteten Festmahle des Verbandes des ferneren Ostens war auch der Reichsminister des Innern Dr. Rathenau erschienen. Präsident Nord-Hambura, der 34 Jahre in Japan gelebt hat, eröffnete das Festessen und plädierte für die Anbahnung eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Japan. Der japanische Botschafter in Berlin betonte, daß Dr. Rathenau, des Führers der japanischen Wirtschaftskommission in Berlin, Auftreten als eine demonstrative Freundschaftsbeziehung in Handelskreisen anzusprechen sei. Der Botschafter schloß seine englische Rede mit den deutschen Worten: Deutschland macht eine schwere Zeit durch. Aber jeder rechtlich Denkende wird zugeben müssen, daß die Bestrebungen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes Anerkennung verdienen; und so wird Gott helfen! Dr. Rathenau wiederholte die Beteuerung, daß die japanische Kommission in der Reichshauptstadt ihren Zweck erfüllt habe, und betonte die große Bewunderung für die deutsche Wissenschaft und die deutschen Methoden. Der Wiederaufbau der Handelsbeziehungen sei das wirksamste Mittel, den tatsächlichen Frieden in der Welt herzustellen. Statt des Scheinfriedens, der bis jetzt bestehe. Der japanische Botschafter erklärte, der in fünfzig Jahren angehäufte Reichtum der Welt sei in die Luft geschossen worden. Genua werde die erste Stappe zur Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts sein.

Kriegsschuld und Kriegsschulden.

Lo, Newyork, 17. Februar.

Es gibt in jedem Land eine kleine Schar Wahrheitsmüdigter und sie werden durch unsere Unschuldproteste nur aufgehalten und diskreditiert. Was an Beweisen — nicht unierer Unschuld — aber der anderen Mitschuld aufgestöbert werden kann, veröffentlicht es und überläßt dann den Ehrlichen unter jedem Himmelsstrich, die es Gott sei Dank in täglich wachsendem Maße gibt, selber ihre Schlüsse daraus zu ziehen. Charles A. Beard, ehemaliger Professor an der Columbia Universität hier in Newyork, hat vor anderthalb Wochen in der radikal-liberalen Zeitschrift „The Freeman“ eine ausgezeichnete Besprechung des Bevelschen Buches „Les responsables de la guerre“ veröffentlicht, die in der Forderung an den Kongreß gipfelte, das in Petersburg, Brüssel, Wien und Berlin aus Tageslicht gekommene Geheimmaterial von einer wissenschaftlichen Kommission unter dem durch seine Studien auf diesem Gebiete bekannten Newyorker Geschichtsprofessor Fan bearbeiten zu lassen (was allerdings kaum geschehen wird). In der dieswöchentlichen Ausgabe der „New Republic“ läßt Beard an Hand des bei Alan erschienenen Buches von Henri Weiskinger eine Schilderung der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des franco-russischen Zweibundes folgen, die die heimlichen Ziele und Sehnsüchte des Duoi d'Oran bloßlegt.

Von einem anderen Punkte aus, dem der ökonomischen Unerfüllbarkeit, greift der bekannte frühere Präsident der National City Bank, Frank A. Vanderlip, in seinem kürzlich erschienenen Buche „What next in Europe“ die Regelung von Paris an, und der in einer Reihe von Zeitungen, darunter der immer noch mächtig andeutschten Newyorker Tribune, erfolgende Abdruck seiner Schlüsse aus persönlichen Studien in Europa, wird sicherlich viel dazu beitragen, die amerikanische Öffentlichkeit aufzuklären, umso mehr als Vanderlip manches kritische Wort über Deutschland einfließen läßt (auch manches abgemilderte) und gleich andern Verfechtern derselben Ansicht immer wieder betont, daß Deutschland nicht frei ausgehen, sondern bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Schadenersatz leisten müsse. Die „Nation“ wird demnächst eine „Reparationsnummer“ herausbringen (von der „New Republic“ abgesehen, fällt das Wort dieser liberalen Organe allerdings nicht schwer ins Gewicht). Fachzeitschriften und schönegeistige „Magazine“ beschäftigen sich mehr und mehr mit der Frage. Das Interesse an den Dingen im Auslande wächst nach einem vorübergehenden Zurückweichen in die eigene Schale und zwei neue geplante Zeitschriften, eine von Bullard, die andere von Norman Hapgood (Berliner Hearst) herausgegeben, werden dieses Interesse im Sinne der Völkerverständigung anzufachen und auszumünzen versuchen.

Die große Schwierigkeit liegt nur darin, daß die übrige Welt mit einem rein platonischen Interesse Amerikas an solchen Zielen nicht zufrieden ist, sondern die konkreten Beweise finanzieller Opfer fordert, das heißt die Streikung von elf Milliarden guter amerikanischer Dollar, die auf dem Schuldkonto der Alliierten stehen. Loucheur hat in einem bemerkenswerten Interview mit dem Vertreter der sehr unternehmenden, gut redigierten Baltimore Sun heute rundaus erklärt: Frankreich kann jetzt nicht zahlen und wird niemals zahlen können, und hat damit der notwendigen Desillusionierung der öffentlichen Meinung hier einen großen Dienst getan. Ob die Wahrheit seiner Worte aber den Rassen leicht eingehen wird, ist fraglich.

Nirgends in der Welt ist die politische Karikatur so entwickelt wie in Amerika. Einer dieser Zeichner hat kürzlich die internationale Lage treffend mit drei Fischen illustriert, die, einer größer als der andere, mit aufgerissenem Rachen hintereinander schwimmen und sich zu verschlucken trachten. In der Reihenfolge vom kleinsten zum größten, stellen sie Rußland mit den Möglichkeiten seiner wirtschaftlichen Erschließung, Deutschland, das auf diesen Bissen erpicht ist und Frankreich mit seinen Schadenersatzforderungen dar. Wäre das Bild vollständig, so müßte als vierter Fisch jener der amerikanischen Schuldforderungen an die Alliierten in der Reihe schwimmen. Denn letzten Ende schluckte er ja doch alles, was aus uns gepreßt und von uns aus Rußland geholt würde. Das ceterum censeo europäischer Politik muß also sein, dem amerikanischen Fisch den Appetit auf diese Mahlzeit zu verderben. Und das wird noch etwas Geduld und Geschick erfordern, und etwas Einschüchtern in den Bedürfnissen, die wir aus Amerika zu befriedigen gewöhnt sind.

Amerika hat stärker noch als England das Problem der Abtragung seiner Kriegsschulden durch eine energische Steuerpolitik bereits während des Krieges in Angriff genommen. Es hat durch seine Initiative in der Rüstungsverminderung seinen eigenen Wehretat um rund zweihundert Millionen Dollar im Jahr vermindert. Es ist schwer, seinen Rassen jetzt begreiflich zu machen, daß sie die in Gestalt von Liberty Bonds bisher getragenen Lasten der vom Ausland geschuldeten Summen auch weiterhin tragen sollen, während ihre Schuldner weiter in unnötigen Rüstungen und durch Nichterhebung von Steuern das Geld zum Fenster hinauswerfen. Loucheur behauptet zwar in seinem Interview, daß Frankreich nicht zahlen könne, auch wenn es sein Heer abschaffe, aber berücksichtigt dabei nur den Geldstandpunkt und vergißt den Wert der produktiven Kraft, die durch den Mißdienst dem Lande entzogen wird.

Senator Mc. Cormick hat bekanntlich vor längerer Zeit bereits in einer im Kongreß eingereichten Resolution amtliche Auskunft über die stehenden Heere Europas u. die Budgets der verriegelten Nationen gefordert. Sehr zur Enttäuschung französischer Publizisten, die ihn wegen dieser „pro-deutschen Propaganda“ aufs Heftigste angegriffen haben. In einer Rede, die er dieser Tage im Senat hielt, ist er von neuem auf

daselbe Thema mit Zahlen zurückgekommen, die den Pariser Militärischen unangenehm in die Ohren klingen werden. Es ist kein Zweifel, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Forderungen an die Alliierten für die Beseitigung und Minderung der Rüstungsvermögen in Europa denutzen will und daß dieses Damoklesschwert ganz nützliche Funktionen hat, wenn gleichzeitig die hiesige Öffentlichkeit zu begreifen beginnt, daß man es schließlich abschneiden und in die Kumpfkammer des Bergessens stellen muß. In dieser Beziehung tut die Administration trotz gelegentlicher Aufklärungsversuche von Seiten Hoover und (zuletzt) durch die Bundesreservbank-Behörde jedoch nicht genug, weil sie in der inneren Politik Furcht hat.

Die Kongresswahlen des Herbstes dürften den Republikanern mancherlei Ueberraschungen bringen. Minoritätsparteien sind immer Sammelbecken für die aus irgend einem Grunde Unzufriedenen. Sie heißen den Republikanern 1920 zu ihrem überwältigenden Siege und sie bedrohen jetzt die Mehrheit im Senat sowie das starke Übergewicht im Repräsentantenhaus.

Washington, 7. März. Das Kabinett hat heute die Frage der finanziellen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den Schuldnerländern erörtert. Man erfährt, daß die Regierung dem Gedanken, den Austausch der Konsolidierung der ausländischen Schulden an der Konferenz von Genua zuzufassen, nicht zugestimmt hat.

Rücktritt des spanischen Kabinetts.

Madrid, 7. März. Graf Romanones hat heute vormittag Maura verständigt, die liberale Partei habe die ihr angehörenden Minister ersucht, ihre Mitarbeit im Kabinett einzustellen. Maura begab sich nach dem Schloß, um dem König den Vorgang mitzuteilen und ihm eine Aufzeichnung zu überreichen, in welcher die Lage dargelegt wird. Dann übergab er das Rücktrittsgesuch des Gesamtkabinetts. Romanones wurde in das Schloß berufen.

Ein Kabinett Guerra.

Madrid, 7. März. Der König empfing nacheinander den Grafen Romanones sowie den Präsidenten der Kammer und des Senats und endlich Maura. Er hat sodann den Kammerpräsidenten Sanchez Guerra, den Vorkämpfer der Konservativen Partei, mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Er hat die Willkür im Prinzip angenommen und wird morgen vormittag dem König seine endgültige Antwort geben.

Kapps Selbststellung.

Auf etwas merkwürdige Art und Weise sind wir davon in Kenntnis gesetzt worden, daß sich Kapp, der sich selbst als das politische Haupt des März-Unternehmens bezeichnet, in einem Schreiben an das Reichsgericht unter gewissen Bedingungen bereit erklärt hat, sich selbst zur gerichtlichen Verhandlung wegen Hochverrats zu stellen. Zunächst muß es einige Verwunderung erregen, daß Herr Kapp zweieinhalb Monate gebraucht hat, bis er von der Begründung des Urteiles gegen Jagoow Kenntnis erhalten und seinen Entschluß gefaßt hat. Deutsche Zeitungen, in denen die Begründung des am 21. Dezember v. J. ergangenen Urteiles gegen Jagoow ausführlich enthalten war, sind doch sicherlich auch nach Schweden gelangt. Sodoch Herr Kapp verläßt sich auf die Möglichkeit, sich zu unterziehen. Wenn sein Angebot unmittelbar oder auch kurz nach dem Leipziger Prozeß gekommen wäre, hätte es einen gewissen Eindruck nicht verfehlt, da er sich reichlich lange Zeit gelassen hat, verpufft mindestens die politische Wirkung, wenn eine solche beabsichtigt war. Es ist doch schwerlich anzunehmen, daß sich der Oberreichsanwalt auf das Kappsche Angebot einlassen wird, denn freies Geleit, also die Möglichkeit sich der Strafe zu entziehen, wird er kaum bewilligen können. Wenn es tatsächlich in Herrn Kapps Absicht liegt, durch seine Prozeßierung eine Art von Wiederaufnahmeverfahren für Jagoow herbeizuführen, wenn also wirklich die übrigen Genossen des Unternehmens von dessen politischem Haupt entlastet werden sollen, dann muß er sich auch bedingungslos zur Prozeßierung und zur Übernahme einer etwaigen Strafe bereitfinden. Allenfalls verständlich wäre die Forderung, ihn gegen Stellung einer Bürgschaft von der Untersuchungshaft zu entbinden, doch wäre das immerhin nebensächlich.

Die deutsche Öffentlichkeit hat wenig Interesse daran, daß nun nochmals die ganze Geschichte des Kapp-Zuzuges aufgerollt und breitausgetragen wird. Wer noch darüber im Zweifel war, wird aus den Verhandlungen in Leipzig vom vorigen Dezember die Gewissheit entnommen haben, daß das Ganze von ungeeigneten Männern unternommen, ungenügend oder garnicht vorbereitet, in politischer Kaputt- und Panikhaftigkeit begonnen worden ist und infolgedessen von vornherein zu kläglichem Scheitern verurteilt war. Sämtliche Helden dieses Zuzuges haben bisher keine allzu heldenhafte Rolle gespielt. Je früher darüber der Schleier der Vergessenheit gedreht wird, desto besser.

Selbststellung Kapps auf Drängen des Kaisers und des Kronprinzen.

Berlin, 7. März. Das 8 Uhr-Abendblatt veröffentlicht zu dem Angebot Kapps, sich selbst zu stellen, heute abend eine Drohung aus Amsterdam, aus der hervorgeht, daß in Holland allgemein behauptet werde, die angeforderte Selbststellung Kapps sei auf einen durch Kurieren vermittelten Gedankenaustausch mit dem früheren Kaiser und dem Kronprinzen zurückzuführen. Besonders der Kronprinz, der sich in sehr scharfen Worten über das Verhalten Kapps und des Generals Württemberg geäußert habe, soll bei Kapp auf seine Selbststellung gedrungen haben.

Die Verurteilung Jagows und die Selbststellung Kapps.

Berlin, 7. März. Der Verteidiger von Jagow, Rechtsanwalt Grünspach, teilt der „S.“ über den etwaigen Einfluß der Selbststellung Kapps auf das Schicksal von Jagow mit, daß sich durch die Aussagen Kapps vor Gericht allenfalls der Nachweis führen lassen würde, ob von Jagow bei den Märzereignissen führend mitgewirkt habe oder nicht. Bestätigt Kapp die disbezüglichen vermeintlichen Aussagen v. Jagows, so müsse von Jagow unter die Amnestie fallen.

Die Verurteilung Jagows und die Selbststellung Kapps.

Berlin, 7. März. Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat das Reichsgericht noch keine Entscheidung darüber gefaßt, ob es auf das Verlangen Kapps auf freies Geleit zu eingehen könne. Der Beschluß wird wohl erst in einigen Tagen gefaßt und dann unmittelbar der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Vom Reichsgericht wird bestritten, daß die Selbststellung Kapps auf das Wiederaufnahmeverfahren des Herrn v. Jagow einen Einfluß haben könne. Dem Reichsgericht selbst ist ein Antrag des Verteidigers des Herrn v. Jagow bis zur Stunde noch nicht überreicht worden. Man hat dort von der Absicht Jagows, den

Prozeß noch einmal aufzurollen nur aus der Presse Kenntnis erhalten. Die Annahme, daß die Reise des Reichsjustizministers, Prof. Dr. Kadbruch, zur Leipziger Wäsche mit Kapp in Verbindung zu bringen sei, wird energisch bestritten. Die Stelle teilt uns weiter mit, daß das Urteil gegen die Angeklagten im Jagowprozeß vom Reichsgericht fertigtgestellt worden ist. Das Urteil, das 55 Seiten umfaßt, enthält im wesentlichen nur eine längere Ausführung der seinerzeit mündlich verlesenen Urteilsbegründung.

Das Steuerkompromiß.

Berlin, 8. März. (Von unferm Berliner Büro.) Stresemann hat in einer Versammlung in Dessau der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das Steuerkompromiß zustande kommen wird. Von parteipolitischen persönlichen Garantien sei bei der deutschen Volkspartei keine Rede. Das ginge unter anderem daraus hervor, daß sie die Verwendung der bewilligten Gelder für ihre Zwecke sicher zu stellen wünscht, praktische Vorschläge zur Durchführung der Sparmaßnahme auf allen Gebieten macht und bestrebt sei, die Mitwirkung des Reichstages bei internationalen wirtschaftlichen Verträgen wie beim Wiesbadener Abkommen zu sichern. Das deckt sich mit unseren hier mehrfach vorgelegten Informationen.

Gegen das Kompromiß.

Berlin, 8. März. (Von unferm Berl. Büro.) Wie die „Morgenspost“ mitteilt, hat die Zentrale der R.P.D. sich in einem Schreiben an die Parteileitung der U.S.P.D. gewandt, um ein gemeinsames Vorgehen der beiden Parteien gegen das Steuerkompromiß herbeizuführen. Dessenungeachtet läßt sich die Reichsfinanzkommission durch diese tatsächliche Divergenz, von der die Parteizentrale behauptet, sie wäre der Grundstein für die proletarische Einheitsfront, nicht weiter beeinflussen.

Zwangsanleihe und freie Anleihe.

Berlin, 8. März. (Von unferm Berliner Büro.) Wie eine hiesige Nachrichtenstelle meldet, haben im Reichsfinanzministerium am Montag zwischen Dr. Hermes und den Ressortleitern Verhandlungen stattgefunden, welche sich mit der Frage beschäftigten, ob es angängig sei, neben der Zwangsanleihe auch die freie Anleihe auszufahren. Man war der Ansicht, daß man den Gedanken der freien Anleihe nicht aufgeben solle, da für einen Erfolg alle Voraussetzungen vorhanden wären. Dr. Hermes will in der nächsten Zeit noch mit kompetenten Persönlichkeiten aus Industrie, Handel und Bankwelt diesbezüglich konferieren.

Die Bespitzelung Bayerns.

Einwandfreies Verhalten der bayerischen Behörden. Neue Berliner Uebergriffe.

München, 7. März. Im Rahmen der allgemeinen Aussprache zum Etat des Ministeriums des Innern im Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtages forderte heute der Minister v. Knilling (Bayer. Volksp.) die Regierung auf, Auskunft über die Amtshandlungen der bayerischen Staatsanwaltschaft in München und über die Berichte zu geben, daß von Seiten des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, Reichmann, eine Bespitzelung Bayerns durchgeführt werde, sofern nicht der Stand der Verhandlungen eine öffentliche Erörterung verbiete. Auch der Württembergische Abgeordnete, Dr. Ditz (Dem.) schloß sich diesen Fragen an und bemerkt, falls Verhandlungen mit der Reichsregierung schwebten, solle man nicht in den früheren Fehler verfallen, die Dinge vor ihrer eingehenden Klärung unnötig aufzubrechen. Sollten unbedingte Uebergriffe vorgekommen sein, so wird die bayer. Regierung allerdings zur energischen Abwehr berechtigt sein. Es sei nicht angängig und unheimlich, daß durch Organe des Reiches in anderen Ländern ohne jede Verständigung mit der Landesregierung in deren Vollstreckung eingegriffen würde oder wenn gar ein beherrschendes Spielzeug vorhanden wäre.

Auf diese Anfragen antwortete der Minister des Innern Dr. Schöner mit einer längeren Erklärung, die auf die Veranlassung der Öffentlichkeit durch diese Angelegenheit verwies und einleitend feststellte, daß eine gewisse Zurückhaltung bei Besprechung der Angelegenheit geboten erscheine, weil ein abschließendes Urteil noch nicht möglich sei. Der Minister gab darauf eine zusammenfassende Darstellung der Amtshandlungen, die die bayerische Staatsanwaltschaft am 21. Februar in Sachen des Erzberger-Mordes in München vornahm, und betonte hierbei, daß die Leitung der Untersuchungsmaßnahmen in den Händen von Münchener Kriminalbeamten lag, die von bayerischen Beamten unterstützt wurden. Kiefer dem Fall des nach in Ost bayerischen Reichsanwalts Müller sei die amtliche Untersuchung ergebnislos verlaufen, und es seien keinerlei Zusammenhänge zwischen den damals festgenommenen elf Personen und dem Erzberger-Morde festgestellt worden. Die rechtliche Zuständigkeit des Verfahrens der bayerischen Beamten könne Bedenken nicht unterliegen, und es sei nicht zu bezweifeln, daß die Offenbarung Staatsanwaltschaft zweifellos zu der Untersuchung zu der in Rede stehenden Angelegenheit zuständig sei. Ein solches Verfahren sei in schweren Fällen allgemein üblich. Der Minister fuhr dann fort: Die öffentliche Meinung hat sich anlässlich dieses Falles lebhaft mit der Frage beschäftigt, ob nicht die Reichsbehörden diese Affäre weniger im Zusammenhang mit dem Erzberger-Mord als in einer politischen Beschäftigung Bayerns zu suchen seien. Nach den Ausführungen, die uns die bayerischen Staatsanwaltschaftsbehörden gegeben haben, haben wir keinen Grund zu einer solchen Annahme, soweit es sich um die bayerischen Behörden handelt. Wohl aber haben sich für die Regierung schwerwiegende Anhaltspunkte ergeben, welche die Regierung nach dem derzeitigen Stande der Sache zu der Annahme bringen müßten, daß

unabhängig Berliner Uebergriffe vorliegen. (Hört! hört!) Die bayerische Regierung hat sofort unter eingehender Darlegung der Tatsachen einen entschiedenen Protest an die Berliner Stelle gerichtet und um schützende Mäßigung der Sache gebeten. Ich habe auch bestimmte Abhilfemaßnahmen veranlaßt. Eine Antwort hierauf steht noch aus. Günstigen liegt nur eine Preisermäßigung vor, derzufolge jede Ueberwachung Bayerns durch Berliner Agenten in Abrede gestellt wird. Angesichts des vorliegenden Tatsachenmaterials ist diese Preisermäßigung nicht recht verständlich. Ich halte es aber für angezeigt, mit einem endgültigen Urteil über diese Sache solange zurückzuhalten, bis die Angelegenheit eine vollständige amtliche Klärung erfahren hat. Dann werde ich auch dem Landtag weitere Mitteilungen machen. Die Haltung, die die bayerische Regierung im vorigen Jahre eingenommen hat, hat gezeigt, daß es ihr nicht an der nötigen Energie fehlt, um bayerische Rechte zu wahren. Die bayerische Regierung hat auch nicht unterlassen, darauf hinzuwirken, daß es vom Standpunkt der bayerischen Verfassung aus keine größere Befragung des Reichsanwalts in Bayern geben könnte, als unpermissible Eingriffe in die Volksgewalt.

Zum Schluß teilte der Minister noch mit, daß sich bereits vor drei Wochen bei der Festnahme von einigen jungen Leuten Anhaltspunkte für eine Beschäftigung Bayerns ergeben hätten. Das Ergebnis habe damals zu einer amtlichen Vernehmung nicht ausgefallen. Im übrigen sei zu erwarten, daß nächstlich bald eine Klärung der Zusammenhänge erfolge. Das Vorgehen des bayerischen Staatsanwalts, daß sich gegen Personen richtet habe, die im Reichshandeln und sich hohe vaterländische Verdienste erworben hätten, habe sich mit Ausnahme des Reichsanwalts Dr. Müller als Dorn im Auge erwiesen. Die Verurteilung eines der Anhaltspunkte möge beim Reichsverwecheln vorbehalten bleiben. Derzeitige Bespitzelung werde die Klärung unterstützen. Schriftliche Bespitzelungen seien allerdings noch nicht vorgelegt worden. Unrichtig sei auch, daß sich die betreffenden Persönlichkeiten dem politischen Zugreifen durch Verweiden zu entziehen versucht hätten. Der Ausschuss beschloß Besetzung der Besprechung auf Donnerstag nachmittag.

Deutsches Reich.

Die Friedensvertrags-Ausstellung.

Berlin, 8. März. (Von unferm Berliner Büro.) Gelbes (sprach im Rahmen der von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur veranstalteten „Friedensvertrags-Ausstellung“, die anschaulich die materiellen Folgen des Verfalls Diktates veranschaulicht, der Schweizer Historiker Professor Dr. Sauerbeck, Leiter der Zentralkasse zur Erhellung des Kriegsausbruchs über „Kriegsschuldfrage und Friedensvertrag“. Er schilderte, wie man aus reiner Sophistik heraus die Grundlage dieses ungeheuerlichen Vertrages, dem Schuldbekenntnis gekommen ist, faßte übersichtlich das bisher gesammelte Material zu einem ziemlich einseitig für Deutschland sprechenden Gemälde der Vorgänge unmittelbar vor Kriegsausbruch zusammen, erwähnte von der bevorstehenden Veröffentlichung der 16 Bände deutscher Akten seit 1870, die geeignet zu beweisen, daß lediglich Feiertage Deutschlands aus dem Bemühen heraus den Krieg zu vermeiden zu ihm geführt haben, und schloß mit einem Ueberblick über die immer mehr um sich greifenden Bestrebungen zur Lösung der Kriegsschuldfrage, die nicht nur eine deutsche, sondern eine Weltfrage sei. Reichlich Beifall lohnte die warmen, aber streng sachlich wissenschaftlichen Ausführungen des neutralen Gelehrten.

Der Staatsvoranschlag im Landtag.

Karlsruhe, 7. März. Zu Beginn der Dienstagsmorgen Sitzung unterbreitet Finanzminister Köhler im Hause zwei Entwürfe und zwar über die Errichtung einer Alltagskreditanstalt im Betrieb der Metallwaren-Manufaktur und über die Errichtung im bayerischen Staat an der Gründung von zwei Kreditanstalten in Baden durch Uebernahme von 24 Kurzen zur Ausbeutung von Bodenschätzen in Oberbaden. Die beiden Entwürfe gehen an den Haushaltsausschuß.

Nach Erledigung zweier Gesetze berichte Abg. Dr. Baumgartner (Str.) namens des Haushaltsausschusses über den Voranschlag des Staatsministeriums.

In einer kurzen Aussprache über den kommunalistischen Entwurf sprach an der am letzten Sonntag in Mannheim gehaltenen Sitzung des Staatspräsidenten Dr. Hummel Kritik und bemerkte, dass der Heiterkeit des Hauses, die Ausstellungen zeigen, dass man den Staatspräsidenten für nicht so harmlos nehmen dürfe, wie das allgemein gefehle.

Der Voranschlag des Staatsministeriums wurde gegen fünf Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen genehmigt. Hiernach berichtete im Auftrag des Haushaltsausschusses der Dr. Schmidt-Karlsruhe (Str.) über den Voranschlag des Ministeriums des Innern. Der Bericht über den Voranschlag des Ministeriums des Innern (Verweigerung des Beamtenlohnsteuersatzes) wurde durch den Abg. Dr. Baumgartner (Str.) abgelehnt, da die Voranschlag solange nicht im Landtage besprochen werden, bis die Bespitzelung des Disziplinargerichts vorliegt. Den Entwurf über die Abnahme der Ausgaben im Allgemeinen verurteilt. Eine Uebernahme von Krediten und Frankentransaktionen über den gegenwärtigen Umfang der Geheimeverträge habe ergeben, daß in Baden auf 1000 Reichsmark 1,7 und im Reich 2,7 Geheimeverträge entfallen. Zu berücksichtigen sei allerdings, daß nicht alle Bespitzelungen genehmigt hätten.

Da der Staatspräsident am Dienstag Abend zu einem parlamentarischen Abend eingeladen hatte, verzogte sich das Haus nicht als gewöhnlich und beschloß am Mittwoch Vormittag 9 Uhr die Beratung fortzusetzen.

Zur Beamtenbesoldung.

Karlsruhe, 7. März. Im Haushaltsausschuß ist gestern Finanzminister Köhler mit, daß dem Landtag in den nächsten Tagen ein Gesetzentwurf vorgehen wird, wonach die widerrechtliche Wirtschaftsbefehle aller bayerischen Beamten in dem gleichen Umfang gewährt werden soll, wie dies bei den Reichsbeamten der Fall ist. Diese Wirtschaftsbefehle wird vom 1. Januar 1922 an in allen den Reichsbeamten an die Reichsbeamten bezahlt, in welchen die Reichsbeamten Uebervermerkungszuschüsse erhalten.

In Baden werden danach voraussichtlich in folgenden Orten Wirtschaftsbefehle an Beamte bezahlt werden: Mannheim, Friedrichsfeld, Schweighingen, Seidenheim, Speyerheim, Blausfeld, Hohenheim, Reiff, Lufhof, Osterheim, Talhaus, Reulshausen, Waghäusel, Wiesental, Heilbrunn, Karlsruhe, Durlach, Bruchsal, Rastatt, Oerbach, Ruppertsheide, Hörden i. W., Bismarck, Rirsach, Goggenau, Wolfersfeld, Wöhren, Redargimmen und Oberrhein.

Bayern und die Pfalz.

Die Koalitionsfrage.

München, 8. März. (Fig. Drahtler.) Die Pfälzer der Demokratischen Partei im Bager. Landtag hatte am Dienstag, den 7. März, zusammen mit der Landesvorsitzenden der Demokratischen Partei in Bager. einer Beratung über die durch langjährige Verhandlungen vorbereitete Erweiterung der Koalition durch die Aufnahme der Bayerischen Volkspartei. Dabei ergaben sich nach dem „M. N.“ erhebliche Schwierigkeiten, die nicht behoben werden können. Die bisherigen Koalitionsparteien werden sich in den nächsten Tagen neuerdings mit der Angelegenheit zu beschäftigen.

Vor einem allgemeinen Angestelltenstreik in Frankenthal.

Frankenthal, 7. März. Wie schon vor einiger Zeit berichtet, haben die zahlreichen Angestellten der Frankenthaler Brauerei in einer Rohbewegung, die bei der Führung der Leitung der hiesigen Industrie und den notwendigen Beziehungen auf andere pfälzische Industriezweige eine besondere Bedeutung annahm. Nachdem der damals gefällte Schiedsspruch von der Brauerei nicht angenommen wurde, beschloß die Brauerei, die Angestellten nach einer Protestversammlung abzugeben. Die Angestellten haben die Arbeiter sich bereit erklärt, den Brauereiarbeitern für die Monate Januar und Februar entgegenzunehmen. Die Angestellten sollen die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Uebervermerkungszuschüsse. Der Tarif der Angestellten soll die im Mannheimer Tarif angelegten Löhne erhalten. Als Ausgleich für die durch Einführung des neuen Tarifs sich ergebenden Härten sollen Uebervermerkungszuschüsse gegeben werden, bis zur Verheiratung 12 Proz. der Differenz der Januargehälter, für Ledige die Hälfte der Differenz bis zum 31. Dezember, und Ueber

Gegen Inzeratensteuer und Papierpreis-Übertreibung.

Der Reichstags-Ausschuß für Steuerfragen hat beantragt die von allen Parteien mit Ausnahme der U.S.P. beantragte Steuerliche Erleichterung der Zeitungen bezüglich der Inzeratensteuer abgelehnt. Bei Annahme im Reichstags-Plenum bliebe eine Steuer bestehen: in Höhe von 1 v. H. für die ersten 200 000 Mark des vereinnahmten Entgelts, und 1 1/2 v. H. für die nächsten 200 000 Mark, 2 v. H. für die nächsten 200 000 Mark, 3 v. H. für die nächsten 200 000 Mark, 3 1/2 v. H. für die nächsten 100 000 Mark, und 4 v. H. für alle darüber hinausgehenden Beträge. Die Inzeratensteuer würde nach wie vor eine *Usnahmesteuer* bilden, obgleich sie gegen die Höhe von 1921 ermäßigt werden soll. Warum aber die Inzerats, die einzige Einnahme, die den Zeitungen noch bleibt, belastet werden. Ist unbegründet. Hoffentlich wird die Regierung bei den Verhandlungen vor dem Plenum ihre Besprechungen wahr machen, die sie bezüglich der Unterdrückung der Zeitungen schon so oft und bei den verschiedensten Gelegenheiten gemacht hat, und hoffentlich wird die Mehrheit des Reichstages dieser völlig unberechtigten Sonderbesteuerung ihre Zustimmung verweigern.

Landesverband der bayerischen Presse

Der Landesverband der bayerischen Presse im Reichsverband der deutschen Presse stellt sich dem Verein der Deutschen Zeitungserleger entgegen. Er erklärt in der Sprunghaften und fortgeschrittenen Erhöhung der Preise für Druckpapier, deren Begründung durch die Fabriken er nicht als stichhaltig anerkennen kann, eine schwere Gefährdung der Unabhängigkeit der Presse. Mit dem Schwinden dieser Unabhängigkeit würde der Korruption und dem Einfluß der privaten Interessengruppen auf die öffentliche Meinung Tür und Tor geöffnet. Der Landesverband erhebt gegen die Reichsbehörden den Protest, die Presse in ihrem Kampf gegen die Papierpreisüberhöhung vollständig im Stich gelassen zu haben und beschließt den notwendigen Abwehrkampf gegen die Papierpreisüberhöhung mit allen Mitteln und allen Mitteln, auch den schriftlichen, aufzunehmen. Er erstrebt die Abschaffung der Reichssteuer, die die Presse sich durch den Kampf gegen die Papierpreisüberhöhung, die ihre Existenz bedroht, mit aller Hauptversammlung des Reichsverbandes geeignete Mittel in Vorschlag zu bringen.

Entscheidungen zum Inzeratenwesen.

Die Berliner Handelskammer hat neuerdings folgendes Gutachten zu dem Inzeratenwesen abgegeben:

„Durch den Fortfall kleinerer Anzeigen erzielt der Verleger keine Ersparnisse, bei Rücktritt hat in solchen Fällen zu zahlen. Aber auch bei größeren Anzeigen dürfte in der Folgezeit der Verleger selbst durch den Fortfall ganz oder teilweise häufig beträchtliche Mehraufwendungen in der Fälligkeit des in Frage kommenden Platzes machen müssen. Ersparnisse für den Verleger können nur dann eintreten, wenn

er infolge des Fortfalles der strittigen Anzeigen den Umfang seines Blattes verringern kann. Bei einer einseitigen Anzeige ist dies nicht möglich; denn eine Verringerung des Umfanges einer Zeitung oder Zeitschrift um eine Seite ist nicht möglich, weil die geringste technische Druckform immer ein zweifelseitiges Blatt (Vorder- und Rückseite) darstellt. Druckformen selbst zweifelseitiger Art sind höchst selten und werden vom Verleger wegen der unverhältnismäßig hohen Kosten nach Möglichkeit vermieden. Bei Hochzeitschriften ist die Normaldruckform 8 Seiten. Sie beträgt bei kleineren Formaten auch 16 Seiten. Daraus ergibt sich, daß bei Fortfall halbfeltiger Anzeigen der Verleger keine Ersparnis machen kann; ferner, daß bei Fortfall einer ganzseitigen Anzeige nur in den seltenen Fällen eine Ersparnis eintreten kann, in denen die Anzeige auf einem einzelnen zweifelseitigen Blatt gedruckt wäre und wenn der Verleger in der Lage gewesen wäre, auch die andere Seite fortzufallen zu lassen. Bei noch größeren Anzeigen tritt für den Verleger nur in den Fällen eine Ersparnis ein, in denen er in der Lage ist, den Umfang seines Blattes auf Grund des Fortfalles dieser Anzeige auf 2 oder 4 oder gar 8 Seiten zu verringern. Dafür, daß der Verleger solche Ersparnisse machen könnte, bezw. den Umfang seines Blattes wegen Fortfalls der Anzeige verringern könnte, fehlt jeder Anhalt. In allen anderen Fällen wird der Verleger nicht nur keine Ersparnisse machen, sondern er wird erhöhte Aufwendungen haben, weil er den durch Fortfall der Anzeige frei werdenden Raum mit anderem Text füllen muß, für den er besondere Satzkosten, in vielen Fällen sogar Honorar wird bezahlen müssen, wenn er nämlich den frei gewordenen Raum mit redaktionellen Mitteilungen, Nachrichten oder Artikeln füllen muß. Auch der etwaige Einwand, daß der Verleger an Stelle des fortgefallenen Inserats ein anderes gesetzt habe, kann nur dann durchgreifen, wenn festgestellt werden könnte, daß diese Ersatzanzeige lediglich aufgegeben worden ist für die fortgefallene Anzeige und im anderen Falle keineswegs bestellt worden wäre. Handelsüblich wird im Verlagsgewerbe ein Inserat, der mit der Lieferung des Inseratentextes im Verzug ist, vor Anstrengung der Klage auf Zahlung noch einmal zur Einfindung des Inseratentextes aufgefordert, es sei denn, daß die Erfolglosigkeit dieser Aufforderung aus vorangehenden Erklärungen des Inserenten klar hervorgeht.“ (24.530/21 XII A 4).

Die bedrohliche Lage des Zeitungsgewerbes.

WB. Berlin, 7. März. Die unaufrichtig im bedrohlichsten Maße sich weiter verschärfende wirtschaftliche Lage der Zeitungen hat den Verein der deutschen Zeitungserleger (Herausgeber der deutschen Tageszeitungen) gezwungen, zum 18. März eine außerordentliche Hauptversammlung nach Weimar einzuberufen, an der teilzunehmen er auch die Zeitungserleger bittet, die ihm nicht als Mitglieder angehören. In der Versammlung soll die Gesamtheit der deutschen Zeitungserleger Stellung zu der derzeitigen überaus kritischen wirtschaftlichen Lage der deutschen Presse nehmen und die Maßnahmen beraten, die geeignet sind, einer Zeitungskatastrophe vorzubeugen, die unser nationales und wirtschaftliches Leben in seinen Grundlagen erschüttern muß. Es wird die bestimmte Erwartung ausgedrückt, daß die deutschen Zeitungserleger in der Erkenntnis, daß es sich jetzt tatsächlich um Sein oder Nichtsein der deutschen Presse handelt, möglichst zahlreich an den Verhandlungen teilnehmen.

Wirtschaftliche Fragen.

Die Wiederherstellung des Bankheimnisses. WB. Dresden, 7. März. Von der Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Privatbanken wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Im Interesse der Gesamtwirtschaft erscheint die Wiederherstellung des Bankheimnisses unbedingt erforderlich. Seine Beseitigung hat einerseits in verhängnisvoller Weise die Aufspeicherung von Bargeld verursacht, andererseits das bisherige Vertrauensverhältnis zwischen Kunden und Bankiers erschüttert und nicht selten das Publikum bedenklichen Ratgebem zugeführt. In gleich nachteiliger Weise wirkt der Depotzwang. Seine Aufhebung ist daher dringend notwendig.

Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels.

WB. Berlin, 6. Febr. Die dritte ordentliche Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels hat am 4. März in Berlin stattgefunden. An den Verhandlungen nahmen Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des preussischen Ministeriums des Innern und des Handelsministeriums sowie

der den Spitzenorganisationen nahestehenden Wirtschaftsgruppen teil. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Heinrich Grünfeld, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, referierte Regierungsrat Wodtke über die Preistreibererei und Preisbildung: Ordnung, Prof. Jung über Einzelhandel und Presse und Janssen-Barmen über die Verfassung des endgültigen Reichswirtschaftsrats und der Bezirkswirtschaftsräte und Dr. Felix Borchart über die Kartelle der Lieferanten und die Kartellbewegung im Einzelhandel.

Deutscher Weinbaukongress.

WB. Karlsruhe, 6. März. Der Deutsche Weinbauverband teilt mit, daß der diesjährige deutsche Weinbaukongress in der Zeit vom 7. bis 9. September in Freiburg stattfindet. Am Nachmittag des 7. September werden interne Beratungen des Deutschen Weinbauverbandes abgehalten, am Abend ist Begrüßungsabend. Die öffentlichen Kongressveranstaltungen mit Vorträgen finden an den Vormittagen des 8. und 9. September statt. Für den Nachmittag des 9. September ist eine Weinstoffprobe badischer Weine geplant. Mit dem Kongress wird zum ersten Mal wieder seit 1913 eine Ausstellung von Weinbau- und Kellerartikeln verbunden sein. Die nötigen Vorbereitungen für die Ausstellung hat die Stadt Freiburg übernommen. Einzelheiten, insbesondere die Ausstellungsbedingungen, stehen noch nicht fest, werden aber rechtzeitig bekanntgegeben.

Städtische Nachrichten.

Erhöhung der Gebühren für die Bestattung und Friedhofbenutzung.

Früher hatte die Anschauung, daß die Gemeinde für die letzte Ruhestätte der Einwohner zu sorgen habe, auch in Mannheim viele Anhänger; sie kam zum Ausdruck in der bis vor kurzem bestandene nahezu unentgeltlichen Bestattung derjenigen, für die die hohen 2. Klasse gewählt worden war, sodas die Gemeinde den größten Teil der Kosten tatsächlich aufgebracht hat. Infolge der schweren Finanznot der Gemeinden muß nunmehr die Sorge für die Bestattung eines Toten, wie das bürgerliche Recht dies ordnet, grundsätzlich dem „Pflichtigen“ auferlegt und die bisherige Übung auch in Mannheim grundsätzlich geändert werden. Erleidet wird die Durchführung dieses Grundgesetzes dadurch, daß schon zu Beiseiten vielfach für die Bestattung vorgesorgt wird. Eine Reihe von Klassen, wie die sog. Bruderschaften, Sterbefassen, bezahlen dem Ableben eines Mitgliedes an die Hinterbliebenen größere oder kleinere Beträge. Berufsvereine erheben Umlagen; so nimmt der Verein städtischer Beamten bei jedem Todesfall von seinen Mitgliedern 2 R. und gewährt leistet dadurch z. B. einen Zuschuß von 2700 Mark. Besonders wichtig aber ist, daß nach der Reichsversicherungsordnung beim Tod eines Versicherten das Zwanzigfache des Grundlohnes als Sterbegeld bezahlt wird, wozu zunächst die Kosten des Begräbnisses bestritten und an denjenigen bezahlt werden, der das Begräbnis besorgt hat. Die hiesige Ortrantenkasse für Handelsbetriebe gewährt das 25fache des Grundlohnes, die Allgemeine Ortrantenkasse für die Frau des Versicherten drei Zehntel, für ein Kind drei Zwanzigstel des Sterbegeldes, die Ortrantenkasse für Handelsbetriebe für die Frauen zwei Drittel, für ein Kind ein Drittel des Sterbegeldes. Um zahlenmäßig die Wirkung dieser Vergünstigungen an einem Beispiel zu beleuchten, sei angeführt, daß die Allgemeine Ortrantenkasse bei einem Jahresverdienst von rund 20 000 R. ein Sterbegeld von 1400 R. für das Mitglied, von 420 R. für den Ehegatten und von 210 R. für ein Kind bezahlt.

Man darf so wird in der Stadträtlichen Begründung der neuen Gebührenordnung, die der Bürgerausschuß in seiner nächsten Sitzung zu genehmigen hat, ausgeführt, annehmen, daß in den weitaus meisten Fällen für die Bestattungskosten erhebliche Beiträge von Klassen, öffentlichen Einrichtungen usw. fließen; in etwa 60 Proz. der Todesfälle kommen Leistungen der Ortrantenkassen in Frage. Somit wird es in zahlreichen Fällen den Hinterbliebenen nicht allzuschwer fallen, die nach der Gebührenordnung zu erscheinenden Kosten der Bestattung aufzubringen. Wo aber die Mittel nicht reichen, da ist es richtig, daß die Wahlfahrtspflege bespringt, nicht daß die Anstalt, welche die Bestattungen besorgt, also die Friedhofskasse, den Fehlbetrag trägt. Die Gemeinden selbst, soweit sie selbst und nicht Kirchengemeinschaften die Friedhöfe verwalten, entweder nur das Grab zu errichten oder auch die Bestattung selbst zu übernehmen und zwar wiederum entweder in beschränktem Umfange, so z. B. nur die Herrichtung des Grabes und die Erhöhung der Leiche, oder aber in größerem Umfange, indem schließlich alle Geschäfte, die vom Augenblick des Todes an dem Toten bis zur Bestattung selbst erforderlich sind, von der Anstalt übernommen werden. Das letztere ist seit langem in Mannheim, das mit nicht allzuviel deutschen Städten diese umfangreiche Ordnung eingerichtet hat. Eine größere Zahl von Städten kennt auch heute noch nicht einmal den Leichenhauszwang, sondern beläßt den Toten bis zur Beerdigung seiner Familie.

Myrrholin-Geiße

Ist die einzige feine kosmetische Toiletteseife, welche den kosmetischen Bestandteil Myrrholin mit anerkannter und bewährter Schönheitswirkung auf die Haut enthält. 6156

Meine Erlebnisse in Südamerika.

Von Dr. Otto Hödel.

Sie wundern sich darüber, daß ich in Südamerika war? Mein Gott, warum sollte ich denn nicht in Südamerika gewesen sein? Das war so ungefähr — Doch davon später. Denn zuerst muß ich Ihnen eine Geschichte erzählen, die allgütig in die Geschichte unserer Tage paßt. Sie ist nicht Gleichnis und nicht Symbol, sondern lauter Wahrheit. Aber es wäre zu wünschen, daß sie mit der Kraft eines Gleichnisses wirken möge.

Die Küstenbilleren lagen hinter mir. Vor mir lag eine unermeßliche Ebene voll Schutz und Geröll, ohne die kleinste Spur eines Pflanzenwuchses. Das war die berühmte Wüste Atacama. Schlugen Sie freudvoll die Handkarte von Chile auf und suchen Sie dort nach dieser „Pampa“, die eigentlich weitberühmt ist. Sie ist die Heimat des Chilesalpeters, der dort frei zutage liegt. Die einzelnen Salpetererster sind natürlich nicht immer nahe beieinander, sondern oft tageweit von der Einseitigkeit der Wüste eingeschlossen, und daher sind die Leute, die dort hausen, ganz auf sich selbst angewiesen. Die Menschen, die dort arbeiten, erhalten in der „Pulpieria“ — dem Kaufstaden, den der Unternehmer unterhält — alles was sie brauchen, nicht gegen Geld, sondern gegen Gutscheine, die sie für ihre geleistete Arbeit bekommen haben. Ich war gerade eines Abends bei einer solchen Salpeter-Oficina angelangt. Die Arbeiter roitierten sich zusammen. Reden wurden gehalten, und es sah genau so aus, als ob ein Streit oder ein hochschmelzender Umsturz in Szene gesetzt werden sollte. Vom Schwarm der Aufgereizten mitgerissen, stand ich bald mit den anderen vor dem Verwaltungsgesäude, wo uns der Administrator keineswegs besorgte, sondern mit strahlendem Lächeln empfing. „Aun, was führt euch zu mir, „Ruchados?“ fragte er mit der freundlichsten Miene der Welt.

„Was ist das mal para?“ schallte es aus tausend Röhren. Männer drohten mit Häufen. Weiber kreischten. Aber der Administrator lächelte.

„Ch bueno“, sagte er schmunzelnd, „warum seid ihr nicht schon früher gekommen? Ihr wißt doch, daß ich ein Herz habe für die armen Leute. Mehr Lohn wollt ihr haben? — genau! Ihr sollt ihn bekommen!“

Und die Leute ließen den Hüngen hochleben. Und noch am Abend erhielt jeder doppelt soviel Gutscheine ausgehändigt wie bisher. Und in der Pulpieria ging es hoch her, denn das freundliche Ereignis mußte doch besungen werden. Und kein Mensch fragte danach, ob von nun an Chilesalpeter und Atacama doppelt soviel lumpige Gutscheine kosteten denn bisher. Alle waren glücklich und zufrieden bis — zum nächstenmal. Und kaum kam einem zum Bewußtsein,

wie sehr er mit jeder „Lohnregulierung“ aufs neue genasführt wurde.

Das war damals in der Salpeter-Oficina in der Wüste Atacama. Und heute? Hierzulande?

Also: reich bin ich drüben nicht geworden. Nicht als Salpetergräber, nicht als Erntearbeiter, als Antreiber „Ingenieur“ oder Strandläufer. Wenigstens nicht reich an Geld und Gut. Dafür aber reich an Erfahrungen. An Erfahrungen, daß die vor allem drüben nicht gerade auf dich warten. Daß du im Generalität ganz überflüssig bist. Daß du tagelang, wochenlang vergeblich an hundert Türen um Arbeit pochen kannst. Daß dir aber jeder Arbeitsvermittler sofort eine Stelle verschafft — gegen lächerliche Spesenvergütung natürlich — daß du aber dich nicht wundern darfst, wenn du nach tagelanger Bahnfahrt an dem Orte deiner Bestimmung angekommen, deinen Brotgeber und deinen Betrieb vergeblich suchst. Warum? Weil sie gar nicht existieren. Zurückfahren, um den Bauer zu verprügeln? Woher das Geld nehmen? Du fährst du lieber weiter, und weil du eben kein Geld mehr hast, fährst du „Schwarz“, was man dir in Südamerika nicht weiter abel nimmt. Bloß soll dir nicht passieren, was ich damals erlebte. Ich hatte es mir in einem Güterwagen bequem gemacht und des Nachts — die Räder können verdammt kalt sein dort unten — ein kleines Feuerchen angezündet, um nicht zu erfrieren. Da holten sie mich etwas unsanft heraus. Der Wagen war nämlich mit wohlgefüllten Dynamitlasten beladen gewesen. Ich wurde verhaftet. Der Soldat, der mich auf dem Bahnhof bewachte, empfand nach einiger Zeit Rangewelle. Daher ging er, ein Glaschen zu trinken, und er suchte mich vorher, mich ja nicht von meinem Platze zu rühren. Ich bin diesem Ergehen nicht ganz nachgegeben, weil mich ein bald darauf einfallender Zug lockte, meine Reise fortzusetzen.

Die führte mich eines schönen Tages auch gegen Bolivien. Ich fuhr erster Klasse. Natürlich ohne Fahrkarte. Der Schaffner war bei der Revision nicht besonders erfreut und fragte gleich, ob ich eine „ermäßigte Karte“ bis zur Grenzstation lösen wolle. Bei der Bemessung der Lage dieser „ermäßigten Karte“ muß ich wohl zu wenig freigiebig gewesen sein. Es war spät in der Nacht. Eibrische Kälte unter 15 Grad schütterer Breis. Eis starrte in dieser Tropen-region, denn die Bahn hatte bereits die Anden in einer Höhe von 3000 Metern über den Meeresspiegel erreicht. Da trat der Schaffner in mein Abteil, rüttelte mich wach und rief den Namen der Grenzstation. Hirtig sprang ich hinaus. Der Zug fuhr weiter. Ich stand allein auf der Pampa. Das Rollen des dahinfahrenden Zuges und ein spöttisches Gelächter des Schaffners waren die letzten Laute, die ich vernahm. Dann bin ich einen ganzen Tag lang zu Fuß auf dem Bahndamm bis zur Grenze gegangen.

Neunte musikalische Akademie.

Dirigent: Wilhelm Furtwängler.

Aus dem Jubel einer begeisterten Zuhörerschaft, die den neunen, wie sehr Furtwängler, der geniale, suggestiv mitwirkende Dirigent, von allen uns Herz gewachsen ist. Und wieder waren ausgedehnt. Das kraftvoll Beherze seines Wesens, das selbst und die fest partische Hingabe an den Meister und seine Schicksals Ernte. Die Symphonie hat Furtwängler uns bei so ganz unmittlerbar an seine Vorgänger Mozart und Haydn an; die Symphonie kündigt er aber schon hier seine künftige Heimat kraft angesogen im ersten Satz und so den ausgeprägten vorwärtsweisend, daß er die Farbgebung umso abtoma, das mit der zweiten Violine einsetzt und dann jugenartig alles Instrumentalen sich wiederholt, war in düstern Wohlklang von lebenswichtigen Akzenten. So erlebte man das Drama, die Übergabe der „geistreich, kräftig und originell.“ Die letzten und ersten der E-moll-Symphonie von ersten Satz stand der Vortrag auf der Höhe eines vollendet abgemessenen Stimmens. Das zwischen führenden und be-mäßigtem Schwingen schaffte Ausgeglichenheit. In sehr guter Weise, vieles fantasienhafte Wunderwerk mit überreichem thematischen Gehalt, erschien in der ganzen unerschöpflichen Produktivität nach dieser bewundernswerten Leistung die Wogen der Be-lebung sehr hoch. Der spontane Beifallsjubel wähnte minutenlang und tief Furtwängler unabhängige Note hervor.

Die bisherige Entwicklung soll in Mannheim auch in Zukunft nicht abgebrochen, sondern ausgebaut werden. Die Gebührenordnung...

Was die Gebühren des eigentlichen Bestattungs-Geschäfts anlangt, so sind diese Geschäfte in fünf Gruppen eingeteilt. Die wirklichen jeweiligen Ausgaben für drei dieser Gruppen...

Der Voranschlagsentwurf für das Rechnungsjahr 1922, aufgestellt nach dem Stande vom Januar 1922, doch ohne Berücksichtigung...

Die Abrechnung einer allgemeinen Grabstätte abgelaufen, so kann ihre Benutzung für eine weitere Ruhefrist in widerruflicher Weise gestattet werden. Die Gebühr für die Benutzung...

In der Grenzstadt oder nahm sich ein unbekannter meiner an. Begrüßte mich als — Landsmann. Mit den Schuhen wollten sie nach...

Doch ich gerate ins Blaue. Und Sie wollen schließlich wissen, wann ich eigentlich in Südamerika gewesen bin. Also: das war...

Kunst und Wissen.

Eine Schrift über das Mannheimer Schloß. Im Heft 20 der vom Landesverein Badische Heimat herausgegebenen Heimatblätter...

Auszeichnung eines Mannheimer Industriellen. Herrn Oscar Bähring, Direktor der Rheinischen Elektrizitätsgesellschaft L. A. in Mannheim...

* Keine billigeren Zigaretten. Der Verein der Zigarettenfabriken Deutschlands G. A. teilt mit: „Unter der Spitzmarke, Billigere Zigaretten“...

— m. Von einer unklugen Preisüberbietung wird aus Heubenheim wie folgt berichtet: Dieser Tage wurden von Herrn Bogheimer...

Parteinahrichten.

Deutsche (liberale) Volkspartei.

Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, wird im Politischen Seminar der Deutschen Volkspartei, im Geschäftszimmer...

Veranstaltungen.

* Ballionsporttage. Heute Mittwoch begannen die Ballionsporttage des Stadtparcs D. Klein über die sieben Worte Jesu am Kreuz...

* Die Monatsversammlung des Rudervereins „Amickia“ findet nicht am 11., sondern am 8. März statt. (Siehe Anzeige im gestrigen...

Table with columns: Spielplan des National-Theaters, Neues Theater, März, Vorstellung, Zeit.

Kommunale Chronik.

III. Villagen, 4. März. Um der Wohnungsnot zu steuern und an der Befriedung sozialer Verhältnisse mitzuwirken, haben ledige Arbeiter...

* Literarischer Verein der Pfalz. Am Sonntag fand in Landau die Hauptversammlung des Literarischen Vereins der Pfalz statt, die von Kästlichen, Freunden und Förderern...

* Lutherfeier in Bittenberg. Aus Bittenberg wird gemeldet: Montag mittig fand in der Stadtkirche die Schlussfeier statt. Erzbischof Söderbom sprach über ein Programm für die Bildung...

* Coel Lydwig Schäfer, der Berliner Chirurg, ist gestern gestorben. Er war auch als Vorkriegs- und als Vorkriegs- und Rotarmistenoffizier überaus gefähig. Schäfer wurde 1859 in Steinfurt geboren.

* Dargestellt der großen Kunstaussstellung 1922 in Düsseldorf? Einen auffälligen Schritt unternimmt das „Junge Rheinland“, indem diese Düsseldorf-Gruppe, eine die fortschrittlichen Künstler Deutschlands umfassende Vereinigung...

* Ludwigsbafen, 7. März. In der heutigen Stadtratssitzung wurde zunächst das endgültige Bauprogramm für 1922/23 festgelegt. Es steht nunmehr fest, daß die Aufbringung...

Aus dem Lande.

(*) Steinfeld bei Bruchsal, 7. März. Auf unaufsichtete Hand brach in dem Wohnhaus des Landwirts und Gemeindevorstands Müller Feuer aus, das sich sehr rasch ausbreitete. Es füllte aber, den Brand auf keinen Heiß zu beschränken...

* Karlsruhe, 7. März. Eine Liebesstrasie hat sich am Samstag abend hier abgespielt. Eine 19-jährige Musikschülerin wollte das Liebesverhältnis mit einem 27-jährigen Kaufmann lösen...

* Altkeroburg bei Offenburg, 7. März. Ein in der Wohnung des Wilhelm Schaub ausgebrochener Brand legte das Wohnhaus mit Stall, Scheune und Hof vollständig nieder...

(*) Konstantz, 7. März. Zu dem Raubüberfall bei Schönenberg, bei dem, wie gemeldet, der Gemeindevorstand Ernst in Offenburg überfallen worden war, wird nun berichtet, daß drei Männer...

Sportliche Rundschau.

Pferdesport.

er. Rennpremiere in Mariendorf. Eine mehrwöchige Rennserie ergab sich am Sonntag nach der Trabrennen in Mariendorf als Turf-Premiere. Der Andrang war so groß, wie noch nie an einem...

Radspport.

* Bund Deutscher Radfahrer. Sonntag, den 7. Mai, beginnt in Köln das internationale Straßenrennen um den Preis von 1000 Kilometer (Reinhardtrennen) um den großen Preis von 1000...

Das Geheimnis manns... Pfeiffer & Diller... Originalsieden... Silberpappe...

× Berlin, 8. März. (Eig. Draht.) Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-A.G. Die a.-o. G.-V. soll über die Erhöhung des Aktienkapitals durch Ausgabe von 50 Mill. M. 6%iger Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre Beschluß fassen. Die Verwaltung gibt vorerst keine Begründung für die Kapitalerhöhung.

× Berlin, 8. März. (Eig. Draht.) Die Vereinigten Portlandzement- und Kalkwerke Schlimschow, Silesia u. Frauendorf A.-G. in Schimschow O.-S. schlagen 30% Dividende vor.

× Bremen, 8. März. (Eig. Draht.) Der Abschluß des Norddeutschen Lloyd. Der Ueberschuß des Nordd. Lloyd beträgt 45,7 (14) Mill. M. Hieraus sollen 10% (8%) Dividende zur Verteilung gelangen. Bei dem Abschluß ist zu beachten, daß ein gegenüber dem Vorjahr verdoppeltes Kapital an der Dividende teilnimmt.

× Hamburg, 8. März. (Eig. Draht.) Die Getreidefirma Petersen u. Hammermann geriet in Zahlungsschwierigkeiten und unterhandelt mit ihren Gläubigern wegen eines Vergleichs.

Waren und Märkte.

Berliner Metallbörse vom 7. März.

Preis in Mark für 100 kg.

Table with columns for date (6. März, 7. März) and various metals (Aluminium, Zinn, Kupfer, Nickel, Silber, Platin) with their respective prices.

Table for London, 7. März (WB) Metallmarkt. Columns for metal types and prices.

Table for Bremen, 7. März. Columns for metal types and prices.

Table for Liverpool, 7. März (WB) Baumwollmarkt. Columns for metal types and prices.

Amerikanischer Funkdienst.

Table with columns for location (New York, Chicago) and date (7. März) listing various items and prices.

Table with columns for location (Wien) and date (7. März) listing various items and prices.

Dampferbewegungen der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Pd. 'La Corona' am 1. 3. nachm. in Cadix (ausg.), am 1. 3., 7 Uhr abends von Cadix nach dem La Plata abgegangen. — Pd. 'Tucuman' am 28. 2. 5 Uhr abends Fernando de Noronha passiert (rückkehrend). — Dreischraubens-Pd. 'Cap Polonia' am 3. 3., 1 Uhr mittags von Pernambuco nach Bahal abgegangen (ausg.).

Aus der Pfalz.

× Neustadt, 7. März. In Sachen der Brankenburgpfälzischer Kreisvereins durch die Kontrollstellen haben die Handelskammer der Pfalz, der Verein für den rheinpfälzischen Weinhandel, der Weinbauverein der Rheinpfalz sowie der Verband der Weinhandwerker und Kommissionäre von Landau und Umgebung bei den zuständigen Stellen beantragt, daß die fahrgelassenen (beschagnahmten) Rotweine durch pfälzische Sachverständige untersucht werden, sofern Verdacht auf Verchnitt mit ausländischen Weinen vorhanden ist. Als anerkannte Sachverständige wurden bezeichnet Landwirtschaftsrat Klingner, Neustadt und Stern, Landau.

× Kaiserslautern, 4. März. Zur Durchführung der Gatterperrnen wurden in der Pfalz drei Kontrollstellen zu Kaiserslautern für Städtgut und Wagenladungen, Ludwigshafen u. Landau eingerichtet. In einer Verfügung an die Dienststellen wurde darauf hingewiesen, daß die Sperrung des Verkehrs für das deutsche Wirtschaftsleben einfach von weittragender Bedeutung ist, weshalb Sperren nur verhängt werden, wenn sie unbedingt notwendig sind. Um diese möglichst bald wieder aufheben zu können, müssen sie von Anfang an genau durchgeführt werden. Die Kontroll-, Aufsicht- und Abfertigungsstellen der Pfalz erhielten eingehende Anweisungen zur reibungslosen Durchführung der Sperranordnungen im Benehmen mit den Stationen, Firmen und Anfahrtsgeleitsbehörden.

Gerichtszeitung.

× Mannheim, 6. März. Eine lechtöpfige Schmuggler- und Schiebergesellschaft stand wegen Waren-smuggels, unerlaubtem Handel, Fälschung und Erpressung vor der Strafkammer. Im Laufe der Verhandlung stellte es sich heraus, daß Schweizer Grenzbehörden die ausgeschmuggelten Waren einführen lassen, wenn dafür der Schweizer Eingangszoll bezahlt wird, selbst dann, wenn Deutsche die Schmuggelware bringen, die nicht im Besitz der vorgeschriebenen Ausweis-papiere sind, also unberechtigt die Grenze überschreiten haben. Die Angeklagten wurden durch-schnittlich zu einem halben Jahre Gefängnis und hohen Geldstrafen verurteilt, die den Betrag von insgesamt 100 000 Mark überschreiten. × Bergzabern, 7. März. Wegen Milchfälschung wurde die Ehefrau Anna Maria Bauer aus Steinfeld vom Schöffengericht im 1. Wache Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe rechtskräftig verurteilt. Neben Veröffentlichung in der Presse muß das Urteil drei Monate lang am Gemeindefret Steinfeld ausgehängt bleiben.

× Mannheim, 6. März. Die hiesige Strafkammer hat das Arzteehepaar Wilmann, das seiner Zeit zu längerer Zuchthausstrafe verurteilt worden war, weil es ein Dienstmädchen zu Tode geprügelt hatte, wegen bestialischer Mißhandlung der Schwester des Dienstmädchens erneut verurteilt und zwar die Frau Wilmann zu neun Jahren Zuchthaus und den Ehemann Wilmann zu vier Jahren Gefängnis.

Neues aus aller Welt.

× Fliegerabsturz. Auf dem großen Sand zu Mainz ist ein französischer Doppeldecker infolge eines Wirbelsturmes aus einer Höhe von 80 Meter abgestürzt und vollständig zertrümmert worden. Der Fliegerführer war sofort tot und der zweite Passagier erlitt lebensgefährliche Verletzungen. — Der Tod unter den Kavernen. Ein Familiendrama hat sich in Rellingen bei Stuttgart zugetragen. In einem Zustand nervöser Ueberreizung hat der seit vier Wochen stellenlose Kaufmann Weinkauf seine Frau und sein 10 Jahre altes Kind getötet und sich hierauf von einem Eisenbahnzug überleben lassen. — Der Mord auf dem Sankt. Kreuzspinnner, der Doppeldecker art Ehepaar Haas, wurde auf einer Alp erhängt aufgehängt. — Oesterreichischer Valufahsmuggel. In Vokau wurde durch Zufall ein großangelegter Valufahsmuggel in Höhe von 50 Mill. Kronen aufgedeckt, der seit langem betrieben wurde. Es handelt sich um den Schmuggel deutscher Reichsmark nach Oesterreich und

österreichischer Kronen nach Bayern und zwar durch Offiziere der ungarischen Heilmehrstelle in Vokau. — Ein polnischer Meubler. In Warschau treibt ein polnischer Meubler sein verbrochenes Handwerk. Er hat noch keine Spur. In den letzten Wochen wurden in Warschau in mehreren aufgefunden, die alle die gleichen Merkmale der Täters tragen. — Schicksal der deutschen Zeitungen in Amerika. Das herausragendste deutsche Blatt in den Vereinigten Staaten, die 'Staatszeitung' in Winona, hat infolge pekuniärer Schwierigkeiten der Erscheinen einstellen müssen. Auf Veranlassung des Konföderationsbüros wird die 'Staatszeitung' vorläufig nur noch Sonntags herauskommen. Damit entfällt für die Deutschen in Amerika das wichtigste Publikationsorgan in heimatischer Sprache.

Briefkasten.

Wie bitten für den Briefkasten bestimmte Einwendungen auf den Briefkasten nicht beantragen zu können. — Wundliche Kaufleute zu retten, die nicht in der Lage, wir bitten Kaufleute nur auf die Briefkasten einzureichen. Jeder Kaufmann ist die letzte Verantwortung des Mannheimer General-Anzeigers beizulegen.

× D. Des Biertrinken kann man den Hüftgelenk erst, danach abgemöhen, daß man ein Ei ausläßt, die Schale mit einem starken Nadel von Paprika füllt, sie wieder mit Weiz verfährt und an einer, bei Hüftgelenk gewohnte, Stelle legt.

× D. Das Gebirg ist nicht drucklos. Wenn Sie den Report portieren wollen, müssen Sie beim Reichspostamt einen Antrag stellen, denn eine genaue Prüfung der Zeichnungen usw. der Erfindung beizulegen ist. Ebenso müssen an die Post des Reichspostamts (Berlin OW 61) 100 Mark eingezahlt werden. Für ein bezichtigtes Instrument können in Frage die Firmen: H. Sch. Herford, H. Heitich, Metallwarenfabrik in Zurlingen (Schweiz) und Adolf Schweißherd, ebenda.

× D. Die reichste Mann der Welt dürfte J. St. Gerdts Rock, der Automobilfabrikant in Detroit in Nordamerika, sein.

× D. Die neuen Pläne Karl Schmeißner, Kolobien- und Kolobien-Kaffee, Berlin-Kolobien, Georg Wilhelmshöhe 2. Vereinte Privatdruckerei in Hirschfeld-Bolling; Pfeffer u. Düker, Dorsheim bei Dorsheim, 'Der Detailist', Ausgabe B, für Kolonialwaren in Düsseldorf.

Table titled 'Wasserstandsbeobachtungen im Monat März'. Columns include location (Soboterinsel, Mainz, Mannheim, etc.), date, and water level.

Table titled 'Mannheimer Wetterbericht vom 6. März morgens 7 Uhr'. Columns include barometer, thermometer, and wind speed.

Knorr Suppenwürfel vorzüglich, nahrhaft, bequem. Advertisement for Knorr soup cubes with a large arrow graphic.

Advertisement for Ludwig von Derblin, a notice of death and funeral arrangements for Johann von Derblin.

Advertisement for Dipl.-Ingenieur Oscar Laun, Ritter hoher Orden, active in 1910/15.

Advertisement for Gebisse (dentures) and Alt-Platin, offering dental services and gold/silver items.

Advertisement for Kartoffeln (potatoes) and Postscheckkonto (postal account) from Mannheimer General-Anzeiger.

Advertisement for Peris Ojindru, a medicinal product for various ailments.

Advertisement for Kunstglaserbau G.m.b.H. Ettlingen, specializing in glass and orthopedic shoes.

Advertisement for Unterricht (education) in English and French, and Holland-Unterricht (Dutch lessons).

Advertisement for Vermietungen (rentals) of furniture and rooms, and Heirat (marriage) notices.

Advertisement for Frisesc (hair care) and Nähmaschinen (sewing machines).

Reinhold Schünzel
Gummisohlen und Absätze
verf. nach bill. (1045)
Jl. 7 Breitestr. Jl. 7

National-Theater Mannheim
Mittwoch, den 8. März 1922
35. Vorstellung in Miets. Abendung A.
für Parkett A 20

TARTUFF
Komödie in fünf Akten von Molière.
Hierauf neu einstudiert:
Ein Diener zweier Herren
Fosse in zwei Akten von Goldoni.
Personen siehe Nr. 109 unserer Zeitung.
Anfang 7 Uhr Ende gegen 10 Uhr.

Neues Theater im Rosengarten.
Mittwoch, den 8. März 1922
6. Volks-Vorstellung
(Theatergemeinde d. B. V. B. von Nr. 401-525)

Der Vetter aus Dingsda
Operette in 3 Akten von Hermann Haller und
Rudolf Karel. Nach einem Lustspiel von Max
Kempner-Hochstadt. Musik von Eduard Künneke.
In Szene gesetzt von Karl Marx.
Musikalische Leitung: Felix Lederer.
Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.

Städt. Konzerte im Rosengarten.
Sonntag, den 12. März, abends 8 Uhr
im Nibelungensaal

Bunter Abend

Lieder zur Laute:
Paula Mander-Mannecke, Darmstadt.
Tanzlichtungen:
Gretel Kuf, Mannheim.
Heitere Vorträge:
Ernst Bladok, Nationaltheater, und
Ellen Walther, Stadttheater Mainz.
Am Flügel:
Karl Hartoch, Mannheim.
Orchester-Vorträge:
Leitung Ludwig Becker.

Karten zu Mk. 8.—, 10.— und 12.— ab Donner-
tag im Rosengarten und Verkehrsverein. Die
Stener ist eingerechnet.

Kassenspenden im Rosengarten täglich 11—1 und
1 1/2—4 Uhr, Sonntags mit Ausschlag von Mk. 2.—
von 11—1 und ab 3 Uhr bis Konzertbeginn.
Kein Wirtschaftsbetrieb.

Künstlertheater „APOLLO“
Abendlich 7 1/2 Uhr
Das Programm der Sensationen

K. R.
Kabarett Rumpelmayer.
7 1/2 Uhr abends. Sonntags 4 u. 8 1/2.
Gastspiel HANS REHMANN
und das vorz. März-Programm.

Kaffee Börse
Vornehmes Familien-Kaffee
Tägl. Nachmittag- u. Abend-Konzerte

Volks-Theater, U 1, 6
Ab Dienstag, den 7. März
Das indische Grabmal
Der Welt größter Film
I. Teil: Die Sendung des Yochi
6 große spannende Akte
Nur 8 Tage!
II. Teil: Dienstag, d. 14. März
Ab Freitag, den 10. März:
Dieb und Weib
Dramat. Filmchauspiel in 5 Akten
und
1135 ab Hamburg
Abenteuerfilm in 6 Akten.

Tanzlehr-Institut V. Geister
Freitag, den 17. März, abends
8 Uhr beginnt im Saal am
Rodensteiner, Q 2, 16 ein
neuer Tanz-Kurs
Gefl. Anmeldungen erbitte im Lokal und in
meiner Wohnung Langstraße 28. *1293

Praktische Führer durch Oper u. Schauspiel
bieten erhöhten Theatergenuss:
Glor's Operbuch 68.—73. Teil. . . . 80.—
Romy's Theat. Schauspielbuch 20. Teil. . . 35.—
Romy's Theat. Schauspielbuch 11. Teil. . . 45.—
Wichtigste Verlagsbuchhandlung, Stuttgart
zu beziehen durch alle Buchhandlungen etc.

Damenhüte
Sitz, Tadel und Blätter werden gemacht, gefärbt,
umgenäht, umgewandelt. Hüte hängen auf 50
Aufwascherel Joos. Q 7. 20. Tel. 3036

Liane Haid
Kaufe
altes Gold
Silber, Platin u. Jahn-
gebisse, Zahne für jeden ver-
wendbar. Jahn bis 20.
Starkand, T 2, 8.
Telephon 3055. 63



Modehaus Sachs
Mannheim 071 Hochparterre

MANTELKLEIDER

BESONDERS REICHHALTIGE AUSWAHL
AUCH FÜR STARKE DAMEN · NUR GUTE
STOFFE · ALLERLEZTE NEUHEITEN
BEKANNT VORTEILHAFTHE PREISE

TÄGLICH NEUEINGÄNGE FÜR DAS FRÜHJAHR.

Unsere Spesenersparnis - Der Vorteil unserer Kundschaft

Storz Weinstuben früher: **Neueröffnung: Traiteurstr. 39** Kaffeezeit
G 7, 31. Linie 6, 7, 10, 15
Sonntag: **Schlachthofstr. 1a** Weine, berühmte Küche. Fritz Storz u. Fran

Bund Deutscher Radfahrer Gau V, Mittelrhein

Anlässlich der im Mai stattfindenden
Rundfahrt um den großen Preis von Deutschland
treffen die teilnehmenden Rennfahrer am 11. Mai in Mannheim ein. Um denselben einen in jeder
Beziehung würdigen Empfang zu bereiten, werden sämtliche Freunde und Gönner des Radsportes,
sowie die Mitglieder der Radfahrer-Vereine von Mannheim und Umgebung und alle Einzelfahrer
zu einer Besprechung auf

Donnerstag, den 9. März 1922, abends 1/2 8 Uhr
im „Durlacher Hof“, P 5, 2/3, unterer Saal eingeladen. Im Interesse der Hebung des
gesamten Radsportes wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Der Vorsitzende des Gau V, B. D. R.
Heppekausen.

Restaurant „Thomasbräu“
Spezialauschank Plauken
mit noch einige Tage
Frühjahrs-Starkbier
*1205 Rudolf Kriech.

Schönheitspflege
Schmerz- und schmerzlose Entfernung von
Haaren, Warzen u. Leberflecken, sowie Be-
seitigung all. Schönheitsfehler. — Gesicht-
dampfbäder, Bestrahlungen beseitigen
alle Hautunreinigkeiten — Spezialbehand-
lung bei starkem Fettsansatz, „Doppel-
kinn usw.“ Hand- und Fußpflege. S19
Geschw. Steinwand
Tel. 4015 MANNHEIM, P 5, 13 Tel. 4015

**Kassen-
schrank- und
Registrierkassen-
Spezialgeschäft**
G. MERKLE
HEIDELBERG
Göthestraße 1
Tel. 2220

**Das Geld auf
der Strasse!**

Tilit
Halbes Kaminmännchen
Lofte Jafnapfaffe

Zu haben in Apotheken, Drogerien, Parfümerien
und allen einschlägigen Geschäften. In Mannheim:
Michaelis-Drog., Friedr. Becker, G 2, 2a, Spalte-
markt; Adler-Drog., Art. Röhmer, Bellenstr. 63;
Drog. z. Weiss, Kreuz Horn, Geyer, Mittelstr. 69;
In M.-Waldhof: Drog. J. Schmidt; in N.-Neckarau:
Central-Drog. A. Seitz, Katharinenstr. 39a; engros
Nork, Zahn & Co., Handlungsgesellschaft. E154

UT
Fridericus Rex
I. und II. Teil
Eine eigene für diesen Film kom-
ponierte Musik wird von unserem
Orchester (15 Mann) vorzüglich zur
Geltung gebracht und trägt viel zu
der eindrucksvollen Wirkung bei.
Wer den Film gesehen, wird für
ihn. Die große künstlerische und
dramatische Handlung wurde nach
seiner Erleichterung. Wir bitten wieder-
holt, nach Möglichkeit die ersten
Nachmittags-Vorstellungen zu be-
suchen. S282

American-Line.
Regelmäßige Passagier- u. Frachtdampfer
Hamburg - New York.

Passagierdampfer:
Dreischraubendampfer „Hinnckahda“ . . . Samstag, 26. März
Doppelschraubendampfer „Haverford“ 8. April
Doppelschraubendampfer „Manchuria“ 15. April
Dreischraubendampfer „Hinnckahda“ 29. April
Doppelschraubendampfer „Hongolla“ 13. Mai
Doppelschraubendampfer „Manchuria“ 20. Mai
Dreischraubendampfer „Hinnckahda“ 3. Juni

Passagiere benötigen vorgezeichnete Ausweispapiere.
Frachtdampfer
Hamburg-Baltimore-Boston-Philadelphia usw.

Auskunft erteilt
AMERICAN-LINE
Hamburg, Börsenbrücke 2.
Gundlach & Bärenklau Nachf.
Mannheim, Bahnhofplatz 7.

Dr. 4ling Seife
Alle Damen sind begeistert von der erfrischenden Wirkung und
von dem herrlichen Duft!
Hersteller: J. Kron, Holzseifenfabrik, München

Rolladen repariert
fachgemäß
A. Zirkel • Tel. 3882.
Mäntel, Kostüme, Kleider
werden angefertigt, rasche
Bedienung. S10
F. 4, 3. Siegel.

Möbel
Liane Haid
Offerierte la. italienische
Eiernudeln
(Gemüse- u. Suppennudeln)
en gros zu billigen Tagespreisen
Lieferfrist 3-4 Tage.
Bruno Dallafini, Mannheim
Rheinhäuserstr. 114, Tel. 1582.

Schnelldienst
für Passagiere und Fracht
HAMBURG
CUBA-MEXICO
HAVANA, VERA CRUZ, TAMPICO, PUERTO
MEXICO
Abfahrtsstage:
10. APRIL POST-D. NANNONIA
10. MAI POST-D. NOLSATIA
Vorzügliche Einrichtungen erster Klasse
(Staatzimmerluftkühlung), Hotel-Klasse und
Zweibed. deds.
Nähere Auskunft über Fahrpreise und alle
Einzelheiten erteilt
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in
Heldelberg: Hugo Reiber, L. F. Gahr,
Trau Nachl., Heilbrunnstrasse 5,
Speyer a. Rh. Ludwig Gross, Ludwig-
strasse 14,
Ludwigshafen: Carl Kohler, Kaiser-
Wilhelmsstrasse 21,
MANNHEIM: Walther & von
Reckow, L. 14, 19.



Flaschen
Sekt-, Wein-, Bier-,
Essig-, Milchflaschen, Leucht-
papierflaschen, etc.
Papier-, Metall- u.
Soden-, Metall- u.
Eisenkannen in alle
ersten Preisen. Bei
Bestellung bitte sich
an mich zu wenden.
E. Zwicker, G 7, 48, Tel. 5463.

Obren und Schwann
repariert schnell und
fachmännlich
F. 2, 9a J. Hoffmann F. 2, 9a
Wohnung im Schloss
Alle echte
Schwänche und Brücken
zu kaufen gesucht.

Planos
in Kauf u.
Miete
bei
Heckel
Piano-Lager
0 3, 10.
Reinhold Schünzel

Reinhold Schünzel

Reinhold Schünzel